UNIONCORN

Debattenmagazin der LSU in Niedersachsen

LSU

Dezember 2020

Wir müssen über Geld reden

Die Corona-Krise zehrt an den öffentlichen Haushalten. Wie sollte sich die LSBTI-Community darauf einstellen?

Seite 4 bis 7

Foto: Pixabay

Aus dem Magazin:

Was tun gegen radikale Islamisten?

Niedersachsens Justizministerin Havliza verrät, was gegen Glaubenskrieger hilft

Seite 8

Präsidentin von der Leyen hält Wort

Die EU-Kommission legt die erste LSBTI-Strategie vor. Was steht drin?

Seite 9

Wer wird neuer Chef der Christ-demokraten?

Die Niedersachsen-LSU diskutiert über die Qualitäten eines Parteivorsitzenden

Seite 10

...und vieles mehr.

Moin!

Was für ein Jahr! Wohl niemand hätte sich träumen lassen, dass im 21. Jahrhundert eine Krankheit die Welt noch einmal so im Griff haben könnte. Für Angehörige meiner wachstumsverwöhnten Generation, die immer mehr in immer kürzerer Zeit erreichen konnte, lag es völlig außerhalb jeder Vorstellung, dass ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland komplett zum Erliegen kommen könnte. Definitiv ein Grund, um zu hinterfragen, ob immer höher, schneller, weiter auch nach überstandener Pandemie noch die richtige Maxime sein kann.

Bestimmt geht es vielen wie mir am Ende dieses Jahres: Ein wenig coronamüde und ausgelaugt sehnen wir das Ende des Jahres in der Hoffnung herbei, dass 2021 besser werden möge. Aber sogar hier versteckt sich noch eine Chance. Vielleicht haben wir dieses Jahr die Gelegenheit, tatsächlich einmal zur Ruhe zu kommen und die Vorweihnachtszeit wirklich besinnlich zu genießen und wahrhaft zur „Besinnung“ zu kommen. Ich wünsche es uns.

Man muss jedoch kein Weiser aus dem Morgenland sein, um vorhersagen zu können, dass Covid-19 und seine wirtschaftlichen Folgen uns auch im nächsten Jahr noch in Atem halten werden. So müssen wir unweigerlich über Geld reden. In dieser Ausgabe wollen wir das schon einmal tun. Mit dem Titelthema und den Fragen, in welcher Gesellschaft wir leben wollen und was wir selbst bereit sind, dazu beizusteuern, befassen wir uns auf den Seiten 4 bis 6. Mit Nico Kerski, seit März neuer Geschäftsführer des Queeren Neztwerk Niedersachsen (QNN), sprachen wir über die finanzielle Situation queerer Projekte in Niedersachsen (Seite 7).

Der Mammon beherrschte auch auf europäischer Ebene die Diskussionen der letzten Monate. Wer bekommt was und wie wirkt sich die Einhaltung des Rechtsstaatsprinzips auf den Geldfluss aus Brüssel aus? Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen scheint es jedenfalls ernst zu sein. Dafür spricht auch die erste LSBTI-Strategie auf europäischer Ebene (Seite 8).

Aufgrund anderer Sorgen war der Islamismus fast vergessen, doch dann kehrte er im Herbst doch zurück nach Europa und in unser Bewusstsein. Deshalb sprachen wir mit Niedersachsen Justizministerin Barbara Havliza über Radikalisierungsgründe und -orte. Ihre Einschätzung lest Ihr auf Seite 9.

Auch der Zeitplan für die Vorsitzenden-Kür in der CDU wurde durch Corona kräftig durcheinandergewirbelt. Wie die LSU-Mitglieder über die Suche nach einem neuen Parteichef denken, steht auf Seite 10.

Ich wünsche wie immer eine anregende Lektüre und wünsche Euch und Euren Lieben dieses Jahr mehr denn je ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in ein friedliches, hoffnungsvolles und vor allem gesundes Jahr 2021!

Sven Alexander van der Wardt
Landesvorsitzender
LSU in Niedersachsen

Foto: privat

Foto: Düpont

Neue Funktion für Lena Düpont

Vize-Koordinatorin in EVP-Innenausschuss

Lena Düpont, Europaabgeordnete aus Niedersachsen, hat eine neue Funktion in der EVP-Fraktion. Ende November wählte die Gruppe ihre neuen Sprecher für den Ausschuss für die bürgerlichen Freiheiten, Justiz und Inneres. Sie übernimmt darin die Funktion der Vize-Koordinatorin und folgt damit auf **Jeroen Lenaers** aus den Niederlanden, der zum Koordinator aufsteigt. Beim digitalen CSD hat Düpont uns eine Videobotschaft beigesteuert.

Foto: privat

Digital-Podium zu LSBTI

LGBT-Alliance diskutiert mit EVP-Mitglied

Maria Walsh, lesbisches Mitglied der EVP-Fraktion im EU-Parlament, diskutierte mit **Michael Tetzschner** von der norwegischen Høyre-Partei und **Axel Hochrein** vom Lesben und Schwulen Verband Deutschland (LSVD) über die sich verschlechternde Lage in Osteuropa, speziell in Polen und Ungarn. Moderiert wurde das digitale Podium von **Helge Ytterøy L'orange**, Vize-Präsident der European Centre-Right LGBT+ Alliance.

Foto: Sebastian Wilke; Andrea Bienert

Lob für AKKs Reform

Starker Einsatz jenseits aller Klischees

Matthias Koch, Chefautor beim RND, verteidigt die Verteidigungsministerin. In einem Kommentar zum Rehabilitationsgesetz für homosexuelle Bundeswehr-Mitarbeiter nimmt er die Ministerin in Schutz. „**Annegret Kramp-Karrenbauer** verdient in Wirklichkeit Lob dafür, in Zeiten des Rechtspopulismus überhaupt solche Korrekturen zugunsten einer Minderheit durchzusetzen ... Man sollte Politiker an ihren Taten messen, jenseits aller Klischees."

Foto: LSU

Impressum

Inhaltliche Verantwortung (i.S.d.P. und gemäß § 5 TMG):
Dr. Sven Alexander van der Wardt,
Vorsitzender LSU in Niedersachsen
alexander.vanderwardt@lsu-online.de

Lesben und Schwule in der Union (LSU) in Niedersachsen
c/o Wilfried-Hasselmann-Haus
Hindenburgstraße 30
30175 Hannover

Internet: www.lsu-niedersachsen.de
Facebook: @LSUinNiedersachsen
Instagram: @lsu_niedersachsen

Mehr Einsatz für die eigene Peergroup!

LSBTI-Projekte sollten stärker auf Spenden setzen können

Als Christdemokarten haben wir den Anspruch, Mitglieder einer Partei zu sein, die die Vielfältigkeit der deutschen Bevölkerung eint, anstatt nur Partikularinteressen zu bedienen und die Gesellschaft zu spalten. Wie schwierig es immer wieder sein kann, diese Einigkeit herzustellen und eben mehr zu leisten, als Einzelinteressen zu bedienen, zeigt sich alljährlich bei den Haushaltsplanberatungen – in Bund, im Land, in den Kommunen.

In diesem Jahr stehen wir dabei vor einer ganz besonderen Herausforderung – denn die öffentlichen Kassen sind aufgrund der Corona-Pandemie knapp. Wir befinden uns aktuell noch immer in einer der wohl fordernsten Phasen der bunderepublikanischen Geschichte. Es ist nicht nur eine Zeit, in der viele Menschen liebgewonnene Gewohnheiten überdenken und auf wichtige persönliche Kontakte verzichten müssen – gerade auch die LSBTI-Community hat dies durch den Ausfall der allermeisten CSDs in diesem Jahr schmerzlich erfahren müssen.

Es ist aber nach meiner Meinung auch die größte Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt. Verrohung der Sprache, Stärkung der extremen Ränder, mangelnde Diskursfähigkeit haben uns schon vor Corona mit Sorge erfüllt; die Pandemie scheint dies nun noch weiter zuzuspitzen.

Oft ist in diesen Tagen von der „Krise als Chance“ die Rede. Die Aussage droht zur Floskel zu werden. Dennoch birgt die gegenwärtige Pandemie tatsächlich eine riesige Chance für uns als Gemeinschaft. Sie führt uns vor Augen, wie sehr wir alle aufeinander angewiesen sind. Die Frage danach, in was für einer Gesellschaft wir künftig leben wollen, ist daher auch die Frage danach, was uns wichtig ist, wofür wir Verantwortung übernehmen und wofür wir uns einsetzen wollen. „Die Gesellschaft“ und „der Staat“ sind dabei keine Gegensätze – das eine ist vielmehr notwendige Voraussetzung des anderen. Genau dies wird auch beim Umgang mit den finanziellen Folgen der Corona-Pandemie eine Rolle spielen müssen, denn diese sind in ihrer ganzen Dimension noch gar nicht absehbar. Das eröffnet auch die Möglichkeit, grundlegend umzudenken.

Double Income No Kids: Homosexuelle haben Ressourcen, die sie auch für ihre eigene Community einsetzen sollten.

»Die aktuelle Unterstützung der Ökonomie sichert langfristig auch die staatliche Förderung anderer Bereiche.«

Finanzierung breiter aufstellen

Wir müssen uns damit auseinandersetzen, auf welche finanziellen Beine wir künftig Institutionen und Projekte, die uns am Herzen liegen, stellen können und möchten. Was bedarf der

Foto: Pixabay

staatlichen Unterstützung und in welcher Dimension? Was ist uns so wichtig, dass wir bereit sind, es durch unsere private Unterstützung mit am Leben zu erhalten oder gar nachhaltig zu unterstützen? Klar ist: Wir sind aufeinander angewiesen. Wir können die Herausforderungen nur gemeinsam meistern und die Zukunft nur gemeinsam gestalten.

Gerade jetzt geht daher auch der gelegentlich vernehmbare Wunsch, gesellschaftliche Bereiche gegen „die Wirtschaft“ auszuspielen, fehl. Letztlich sichert die forcierte Unterstützung der Ökonomie in der Krise langfristig auch die staatliche Förderung – und damit vielfach auch das Überleben – anderer Bereiche. Ohne Wirtschaftskraft und daraus resultierende Steuereinnahmen keine staatliche Alimentierung – für niemanden.

Das heißt eben auch, dass wir alle in die Verantwortung genommen sind. Es wäre feige, sich hinter der Annahme zu verschanzen, jemand anderes oder gar der Staat würde das schon richten. Wenn stimmt, was die kürzlich vorgelegte Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zur Situation von LSBTI am Arbeitsplatz nahelegt, dann haben im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung LSBTI im Schnitt den höheren Bildungsabschluss (60 zu 42 Prozent bei der Hochschulreife), sie haben häufiger einen akademischen Abschluss und sind öfter selbständig.

Daraus darf wohl auch, ohne dabei allzu mutig zu sein, gefolgert werden, dass diese Menschen im Schnitt über ein höheres Einkommen verfügen als der Rest der Bevölkerung. Hinzu kommt, dass Homosexuelle (wegen der rechtlichen Möglichkeit) in den Genuss des Ehegattensplittings kommen können und (trotz der rechtlichen Möglichkeit) in der Regel ohne Kinder leben: double income, no kids. Wäre also hier ein größerer finanzieller Einsatz für die eigene Gruppe wirklich zu viel verlangt?

»Vielleicht ist jetzt der Moment gekommen, in dem wir uns als Angehörige einer interessierten Gruppe mehr einbringen müssen.«

Keine amerikanischen Verhältnisse

Ich will hier nicht amerikanischen Verhältnissen das Wort reden, wo sich der Stadt sehr weitgehend zurücknimmt und die Finanzierung von Kultur und zivilgesellschaftlichem Engagement großen und kleinen Spendern überlässt. Ich möchte auch nicht, dass sich der Staat aus Diskriminierungsbekämpfung, (Gewalt-) Prävention und Bildung vollständig zurückzieht. Vielleicht ist aber der Moment gekommen – und er ließe sich ja auch auf andere Bereiche jenseits von LSBTI übertragen – in dem wir uns als Angehörige einer interessierten Gruppe mehr einbringen müssen.

Wenn uns LSBTI-Projekte, Vereine und Institutionen am Herzen liegen und uns ihre Arbeit wichtig und sinnvoll für die Gesellschaft erscheint, dann sollten wir künftig nicht gleich nach „dem Staat“ und nach „Rettungsschirmen“ rufen, sondern uns fragen, wie und in welchem Umfang wir uns selber einbringen wollen – durch persönliche (weitgehend ehrenamtliche) Mithilfe, aber eben auch finanziell. Zumindest sollten wir darüber nachdenken und diskutieren. So können wir einen Prozess mitgestalten, der uns ansonsten (unweigerlich) ereilt.

Foto: privat

Ein Kommentar von
Sven Alexander van der Wardt
Landesvorsitzender der
LSU in Niedersachsen

Reaktionen an:
alexander.vanderwardt@lsu-online.de

Noch ist Geld da

Wofür setzen wir es denn so ein?

Die Corona-Krise ist auch eine wirtschaftliche Krise. Während des ersten und des zweiten Shutdowns ist ein Großteil der Wirtschaftsleistung des Landes weggebrochen. Mit Hilfspaketen ungeahnter Größe versuchen Kommunen, Länder und der Bund (und auch die EU) die wirtschaftlichen Folgen der Krise zu mildern. Die Corona-Hilfen werden im Wesentlichen aus Schulden finanziert, es wird mehr als eine Generation dauern, bis diese zurückgezahlt wurden.

Gleichzeitig brechen dem Staat die Steuereinnahmen weg. Es gibt künftig also auch weniger staatliches Geld für Angebote der LSBTI-Community.

Noch ist allerdings Geld da. Der Deutsche Bundestag hat kürzlich erst die Förderung für eine LSBTI-Institution deutlich erhöht. Die **Bundesstiftung Magnus Hirschfeld**, die 2011 von der schwarz-gelben Bundesregierung eingerichtet wurde, erhält im kommenden Jahr zusätzlich **100.000 Euro** Fördermittel für das „Archiv der anderen Erinnerung“, das die Geschichten von verfolgten Homosexuellen (Opfer des Paragraphan 175 StGB oder 151 StGB-DDR) dokumentiert. Die Stiftung verfügt über ein Kapital von 11,61 Millionen Euro, aus dem sie Bildungs- und Forschungsprojekte fördern soll. Die institutionelle Förderung des Bundes steigt nun erstmals auf insgesamt **705.000 Euro**.

Auf Landesebene ist wohl die **Aidshilfe Niedersachsen** der Empfänger des größtes Fördertopfes unter allen Angeboten, die sich dem LSBTI-Spektrum zurechnen lassen. Rund **1,8 Millionen Euro** erhält die niedersächsische Aidshilfe im kommenden Jahr. **80.000 Euro** davon haben die Regierungsfraktionen von SPD und CDU allerdings über die „politische Liste“ zugeschossen. Bei der Aidshilfe muss man allerdings ergänzen, dass sich deren Angebot nur aus historischer Perspektive spezell an schwule Männer richtet. Inzwischen zählt die Sexualgesundheit der Gesamtbevölkerung zur Aufgabe der Aidshilfen.

Konkrete Förderprogramme für schwule oder bisexuelle Männer, trans- und intergeschlechtliche Menschen oder lesbische und bisexuelle Frauen finanziert das Land über den Etat des Sozialministeriums. **370.000 Euro** soll im kommenden Jahr das **QNN** erhalten und für LSBTI-Projekte einsetzen (siehe nächste Seite).

Als ein Beispiel für kommunale Förderung: Was geben Stadt und Region Hannover für LSBTI-Projekte aus? Der **Andersraum** soll rund **19.000 Euro** von der Region und fast **85.000 Euro** von der Landeshauptstadt erhalten. Zusätzlich gibt es rund **10.000 Euro** für den **CSD Hannover** und mehr als **50.000 Euro** für das **Queerunity** aus der Stadtkasse.

Das Aufklärungs- und Antidiskriminierungsprojekt **SCHLAU** erhält **18.000 Euro** von der Region, mehr als **29.000 Euro** von der Stadt und eine extra Zuwendung vom Land Niedersachsen für die Qualifizierung von Ehrenamtlichen.

Fotos: privat (3x); Pixabay

»Konsolidieren und nachhaltig wachsen«

Das Queere Netzwerk Niedersachsen verteilt die Fördergelder

Das Queere Netzwerk Niedersachsen (QNN) ist rasant gewachsen in den zurückliegenden Jahren. Bis 2017 firmierte es noch unter dem Namen „Schwules Forum Niedersachsen“ – doch das entsprach nicht mehr der Realität. Ein genereller Wandel in der Ausrichtung der organisierten LSBTI-Community sorgte auch für eine Diversifizierung des Landesnetzwerks für queere Politik.

Knapp 50 Mitgliedsorganisationen zählt der Verein mittlerweile, der im Wesentlichen zwei Aufgaben hat. Zum einen ist das QNN eine Interessenvertretung der LSBTI-Organisationen in Niedersachsen. Zum anderen ist der Verband ein sogenannter Erstzuwendungsempfänger. Das QNN erhält also Fördergelder aus dem Landeshaushalt und organisiert die Verteilung dieser Mittel. 370.000 Euro waren das je im vorigen und im aktuellen Jahr. Etwa 150.000 Euro davon werden in Großprojekte investiert, etwa in die queeren Zentren. Weitere 60.000 Euro gehen in Kleinstprojekte wie Lesungen und Fachtagungen. Ein ergänzender, zusätzlicher Haushaltsposten ist zudem für Qualifizierungsmaßnahmen im Aufklärungs- und Antidiskriminieurngsprojekt SCHLAU vorgesehen.

Für den Landeshaushalt 2022 sind bislang allerdings nur 340.000 Euro veranschlagt, also 30.000 Euro weniger. Nico Kerski, seit März neuer Geschäftsführer des QNN, kritisiert die geplante Senkung der Mittel. Sein Ziel sei es gar nicht, dass dem QNN auf einen Schlag Fördermittel in Millionenhöhe zur Vergüngung gestellt werden, wie das 2017/18 der Fall war. Ihm geht es eher darum, zu konsolidieren und nachhaltig zu wachsen. Damit habe er schon gute Erfahrungen gemacht, als er noch Landeskoordinator bei SCHLAU war. Bleibt es bei der Kürzung der Fördergelder, werden Stellen wieder abgebaut werden müssen. Für das Ehrenamt ein herber Schlag: auf jede hauptamtliche Stelle kommen etwa 30 Ehrenamtliche.

Kurzfristig bleibt die queere Infrastruktur in Niedersachsen allerdings weitgehend unberührt von Corona-bedingt klammer werdenden öffentlichen Haushalten. „Da bricht jetzt nicht sofort was weg“, sagte Nico Kerski beim digitalen LSU-Stammtisch, auch mit Blick auch auf die kommunale Förderung. Doch für jene Organisationen, denen es bisher nicht gelungen war, eine kommunale Förderung zu erhalten, oder die dringend eine Erhöhung bräuchten, werde es nun deutlich schwieriger, überhaupt in das Zuwendungssystem hinein zu kommen, meint der QNN-Geschäftsführer. Zudem leiden die Angebote derzeit unter den Corona-Beschränkungen, da sich viele Projekte auch über Spenden oder Partyeinnahmen co-finanzieren.

Was ist eigentlich das QNN? Beim digitalen LSU-Stammtisch berichtete Nico Kerski (unten links) von seiner Arbeit.

Foto: privat

Kommunalpolitik stärker im Fokus

Für die dauerhafte Absicherung der Angebote ist es Nico Kerski nun wichtig, die Herkunft der Fördermittel breiter aufzustellen. In der Vergangenheit wurde dazu schon versucht, die Förderung für ein Projekt für queere Geflüchtete vom Sozial- zum Innenministerium zu verlagern. Gelungen ist das allerdings noch nicht.

Im kommenden Jahr nimmt das QNN nun die Kommunalpolitik stärker in den Blick. Workshops und eine Broschüre sind in Planung, im Vorfeld der Kommunalwahlen soll es in den größeren Städten Diskussionsveranstaltungen geben.

Was tun gegen radikale Islamisten?

Prävention, Intervention und Repression

Am 4. Oktober wurde in Dresden ein Paar auf offener Straße mit einem Küchenmesser attackiert. Ein Mann starb, sein Partner überlebte schwer verletzt. Der (mutmaßliche) Täter war als Gefährder bekannt und hatte sich offenbar im Gefängnis radikalisiert.

Das war jedoch nur ein Vorfall aus einer Reihe von vier Ereignissen, die Europa in diesem Herbst daran erinnerten, dass der islamistische Terror noch immer da und nicht besiegt ist. Die LSU hat daher bei Niedersachsens Justizministerin Barbara Havliza (CDU) nachgefragt: Wie muss der Staat mit der Bedrohung durch islamistische Gefährder umgehen und wie kann einer Radikalisierung in der Haft besser entgegengewirkt werden? Ministerin Havliza antwortete darauf:

Die Anschläge von Dresden, Paris, Nizza und zuletzt Wien haben uns auf drastische Art und Weise vor Augen geführt, dass der islamistische Terror keine abstrakte Gefahr ist, sondern erschreckend real und präsent ist. Der erste Schritt ist deshalb, ***diese selbsternannten Glaubenskrieger auf dem Schirm zu haben, zu stoppen und auch zu verurteilen, wenn Straftaten begangen wurden.*** *Aus meiner Erfahrung als Richterin weiß ich allerdings nur zu gut, dass Islamisten nicht allein durch ein Urteil „Im Namen des Volkes“ von ihrem radikalen Weg abzubringen sind.*

Dazu braucht es mehr. Es ist von ganz erheblicher Bedeutung, dass sich Islamisten im Strafvollzug nicht nur nicht weiter radikalisieren, sondern dass sie durch präventive Angebote deradikalisiert werden. In Niedersachsen werden Gefangene, die wegen einer extremistisch geprägten Straftat verurteilt wurden oder in der Haft unter Extremismusverdacht geraten, vom Prognosezentrum im niedersächsischen Justizvollzug begutachtet. Vor der Entlassung erfolgt in geeigneten Einzelfällen eine aktuelle Gefährdungseinschätzung, die auch den Sicherheitsbehörden zur Verfügung gestellt wird.

Der Informationsaustausch zwischen Justiz und den Sicherheitsbehörden ist elementar wichtig. *Auf ziviler Ebene kooperieren wir erfolgreich mit Violence Prevention Network. Der bundesweit anerkannte Träger der Extremismusprävention und Deradikalisierung bietet neben Gruppen- und Einzeltrainings für betroffene Gefangene auch Fortbildungen für Bedienstete in niedersächsischen Justizvollzugseinrichtungen sowie im Ambulanten Justizsozialdienst an. Geschult werden auch unsere islamischen Seelsorgerinnen und Seelsorger. Wir sind überzeugt davon, dass die Gefängnisseelsorge einen sehr wichtigen Beitrag zur Islamismusprävention leisten kann, auch wenn es nicht ihr Zweck, sondern eine „erwünschte Nebenwirkung“ ist. Aber auch außerhalb der Gefängnismauern gibt es in Niedersachsen Präventionsangebote.*

„Aus meiner Erfahrung als Richterin...“: Niedersachsens Justizministerin Barbara Havliza weiß, wovon sie spricht. Von 2007 bis 2017 war sie als Richterin am Oberlandesgericht Düsseldorf im Senat für Staatsschutzsachen, ab 2010 sogar als Vorsitzende

Wir haben die extremistischen Gefangenen sehr genau im Blick! Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Terrorgefahr unverändert fortbesteht. Das Risiko wird bleiben. ***Die „Glaubenskrieger“ bringt man weder allein durch Bestrafung auf den rechten Weg, noch durch gute Worte.*** *Die Wirklichkeit ist da wesentlich anstrengender. Prävention, Intervention und Repression sind im Kampf gegen Extremismus das Gebot der Stunde.*

Foto: Justizministerium Niedersachsen

Präsidentin von der Leyen hält Wort

EU-Kommission legt LSBTI-Strategie vor

Erst Mitte September hatte Präsidentin Ursula von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union diesen Schritt angekündigt, nun folgt die Ausführung. Die EU-Kommission hat ihre erste Strategie zur Gleichstellung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intersexuellen Personen (LSBTI) vorgestellt.

„Ich kenne kein Pardon, wenn es darum geht, eine Union der Gleichberechtigung zu schaffen", hatte von der Leyen kämpferisch gesagt. „Eine Union, in der jeder und jede sich selbst treu bleiben und lieben kann, wen er oder sie will – ohne Angst vor Verleumdung oder Diskriminierung. Man selbst zu sein, ist nämlich keine Frage der Ideologie. Es ist eine Frage der Identität. Und die kann einem niemand nehmen."

Die Strategie sieht eine Reihe gezielter Maßnahmen vor:

Bekämpfung von Diskriminierung:

Rechtlicher Schutz vor Diskriminierung ist der Schlüssel zur Förderung der Gleichstellung von LSBTI. Die Kommission wird, insbesondere im Bereich Beschäftigung, eine Bestandsaufnahme vornehmen. Der Bericht über die Anwendung der Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf wird bis 2022 veröffentlicht. Im Anschluss wird die Kommission alle sich aus dem Bericht ergebenden Rechtsvorschriften vorlegen, insbesondere zur Stärkung der Rolle der Gleichstellungsstellen. Die Kommission wird außerdem einen Rechtsrahmen vorlegen, in dem speziell auf die mit Systemen der künstlichen Intelligenz (KI) verbundene Gefahr von Vorurteilen und Diskriminierung eingegangen wird.

Gewährleistung der Sicherheit:

LSBTI-Personen sind unverhältnismäßig stark von Hassdelikten, Hetze und Gewalt betroffen, wobei die mangelnde Anzeige von Hassdelikten nach wie vor ein ernstes Problem darstellt. Um den Schutz vor Hassdelikten und Hetze, die sich gegen LSBTI richten, zu harmonisieren, wird die Kommission 2021 eine Initiative vorlegen, um die Liste der „EU-Straftaten" um Hassdelikte und Hetze zu erweitern, einschließlich um solche, die sich gegen LSBTI-Personen richten. Darüber hinaus wird die Kommission Finanzierungsmöglichkeiten für Initiativen bereitstellen, mit denen gegen Hassdelikte, Hetze und Gewalt gegen LSBTI-Personen vorgegangen werden soll.

Schutz der Rechte von Regenbogenfamilien:

Aufgrund von Unterschieden zwischen den nationalen Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten werden bei Regenbogenfamilien familiäre Bindungen bei Überschreitung der EU-Binnengrenzen möglicherweise nicht immer anerkannt. Die Kommission wird eine Gesetzgebungsinitiative zur

Foto: EU-Kommission

ge
genseiti
gen Anerkennung von Elternschaft vorlegen und mögliche Maßnahmen zur Förderung der gegenseitigen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften zwischen den Mitgliedstaaten prüfen.

Gleichstellung von LSBTI in der Welt:

In verschiedenen Teilen der Welt sind LSBTI-Personen schweren Rechtsverletzungen und -verstößen ausgesetzt. Die Kommission wird im Rahmen des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI), des Instruments für Heranführungshilfe (IPA) und des Asyl- und Migrationsfonds Maßnahmen zur Gleichstellung von LSBTI unterstützen.

Wer wird neuer CDU-Chef?

LSU diskutiert über die AKK-Nachfolge

Wen die Teilnehmer unserer digitalen Diskussionsveranstaltung zum neuen Vorsitzenden der CDU wählen würden, soll hier nicht verraten werden. Nur so viel: das Ergebnis war eindeutig.

Viel spannender war jedoch die sich daraus ergebende Debatte über die Frage, welche Eigenschaften ein neuer CDU-Chef eigentlich mitbringen muss. Eine herausgehobene Kompetenz in der Außenpolitik müsse ein CDU-Vorsitzender nicht unbedingt haben, hieß es dann. Wirtschaftskompetenz bräuchte der Chef der letzten Volkspartei hingegen schon. Sollte der Mann an der Spitze der Union aber schließlich auch Kanzlerkandidat werden, bewerten die Diskussionsteilnehmer die außenpolitische Versiertheit schon wieder ganz anders. Aber wird der CDU-Chef auch Kanzlerkandidat?

Foto: privat; Tobias Koch (2), Laurence Chaperon

Drei Männer stehen voraussichtlich im Januar zur Wahl für den CDU-Bundesvorsitz: Armin Laschet, Friedrich Merz und Norbert Röttgen. Alle drei stammen aus Nordrhein-Westfalen, sind katholisch, haben einst Jura studiert und sind in den 1990er-Jahren in die Bundespolitik gestartet. Alle drei wurden 1994 erstmals in den Bundestag gewählt. Der etwas ältere Merz war zuvor schon im EU-Parlament. Laschet schied nach einer Legislatur im Bundestag wieder aus und wurde dann nach Brüssel gewählt. Röttgen und Laschet haben auch Exekutiv-Erfahrung: Röttgen war bereits Bundesumweltminister, musste nach der verlorenen NRW-Wahl aber zurücktreten. Laschet wurde zuerst Integrationsminister in NRW und nach einer Zeit als Oppositionsführer im Landtag wurde er schließlich Regierungschef einer schwarz-gelben Koalition. Merz war von 2000 bis 2002 Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, bis Merkel diesen Posten beanspruchte und er sich langsam aus der Politik zurückzog.

Was den Teilnehmern der LSU-Diskussionsrunde am neuen Parteichef aber die wichtigste Eigenschaft war, ist die Fähigkeit zur Integration – die Partei muss wieder zusammengeführt werden. Dabei sei es auch notwendig, eine Unterscheidbarkeit herzustellen, die aber nicht mit populistischer Polarisierung verwechselt werden dürfe. Welcher der drei Kandidaten das wohl am besten kann?

Armin Laschet, Friedrich Merz und Norbert Röttgen kandidieren für den Vorsitz der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Wer soll es werden? Was muss er können?

Halleluja, 2020 ist endlich vorbei!

Der LSU-Landesvorstand plant, wie es weitergeht

Wie geht es weiter in 2021? Es wird spannend! Die CDU wählt ein neues Führungsteam und auch bei der LSU stehen Wahlen an. Die LSU-Mitgliederversammlung in Niedersachsen soll im Frühjahr/Sommer stattfinden, sobald Corona es zulässt. Der übliche Termin im Februar wird nicht zu halten sein, und eine digitale Mitgliederversammlung mit Wahlen wäre eindeutig zu teuer – das wäre nicht verhältnismäßig. Deshalb hat sich der Landesvorstand in seiner digitalen Sitzung Anfang Dezember für eine Verschiebung entschieden. Für die Zeit davor entwickelt der Vorstand derzeit ein digitales Programm für die Mitglieder.

Außerdem: Im September 2021 sind Kommunalwahlen in Niedersachsen und die Wahl zum Deutschen Bundestag. Als LSU werden wir uns auch da tatkräftig einbringen, unsere Positionen anbringen und unsere CDU-Kandidaten auf allen Ebenen unterstützen.

Kaffeevollautomat für den Andersraum

Nicht nur in der Corona-Krise heißt es: zusammenhalten! Damit unsere Community stark bleibt, müssen wir uns jederzeit unterstützten.

Das dachte sich auch Matthias Eitenbenz, unser stellvertretender LSU-Landesvorsitzender in Niedersachsen. Im November hat er eine Spende an Michael Schröder vom Andersraum übergeben. Das queere Zentrum in Hannovers Nordstadt hat nun einen neuen Kaffeevollautomaten.

Digital-Termine

17. Dezember **Stammtisch digital**
Thema: Weihnachtsfeier

07. Januar **Stammtisch digital**
Thema: Neujahrsfeier

21. Januar **Stammtisch digital**

Jeweils ab 19 Uhr via Webex

SCAN ME

Für die Teilnahme am digitalen LSU-Stammtisch einfach diesen QR-Code scannen oder vorbeischauen auf: lsuinniedersachsen.my.webex.com/meet/unioncorner

Fotos: privat